

**Zeitschrift:** Wohnen  
**Herausgeber:** Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger  
**Band:** 38 (1963)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Gas für unsere Kochherde  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-103433>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 02.04.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Gas für unsere Kochherde

Mit Spannung erwartet man auf das kommende Frühjahr den Bericht einer Untersuchungskommission, welche verschiedene Varianten einer Verbundwirtschaft unter den ostschweizerischen Gaswerken zu prüfen hat. Die weitestgehende Variante einer solchen Verbundwirtschaft wäre die Zentralisierung der Steinkohlen-Gaserzeugung beim Gaswerk Zürich, unter Aufgabe der Gasproduktion aus Kohle in den Werken Winterthur, Frauenfeld, Schaffhausen, St. Gallen, Herisau und Romanshorn. Die Versorgungsgebiete dieser Gaswerke würden durch Ferngasleitungen untereinander verbunden. Die einzelnen Gaswerke würden – ähnlich wie die Elektrizitätswerke – gewissermaßen zu Handelsgesellschaften des öffentlichen Rechtes. Sie würden nicht mehr selber produzieren, sondern das Gas von einer Art «Nordostschweizerischer Ferngas-AG» beziehen und das bezogene Gas an ihre bisherigen Abonnenten abgeben. Für eine Übergangszeit von mehreren Jahren wären auch Zwischenlösungen denkbar.

### Umbruch in der schweizerischen Energiewirtschaft

Die schweizerische Energiewirtschaft steht vor weiteren bedeutungsvollen Entwicklungen, die vielleicht ähnliche Ausmaße annehmen wie damals, als man beim Verschwinden der Petrolfunzeln glaubte, das Zeitalter des Erdöls sei endgültig vorbei, oder damals, als die Elektrizität in die Haushaltungen Einzug hielt, begleitet von den Fanfarenstößen eines «neuen Zeitalters». Bis in wenigen Jahren ist die schweizerische Kapazität an «weißer Kohle» annähernd voll ausgeschöpft. Atomenergie wird später einmal kommen, aber sie ist vorläufig noch zu teuer. Ihre Ausbeutung ist auch noch nicht so dringend, denn auf viele Jahrzehnte hinaus stehen den Energieverbrauchern der Welt noch unermeßliche Energiereservoir unter der Erdoberfläche zur Verfügung. Erdöl und Erdgas strömen in solchen Mengen aus dem Boden, daß die Kohle nur dort auf die Dauer den Konkurrenzkampf aushält, wo die Flöze leicht abbaubar sind oder wo die Regierungen mit Subventionen und anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen einen künstlichen Kostenausgleich schaffen. Erdöl beginnt mitten ins Herz von Europa hineinzufießen, durch Pipelines, die bis Ende 1963 bereits eine Gesamtlänge von 3600 Kilometern aufweisen. Durch ähnliche Rohrleitungen strömt aber auch Erdgas, ein Energieträger, der sich auch Europa stürmisch erobert. Ernsthaftige Pläne bestehen für weitere Erdgasleitungen von der Sahara durch das Mittelmeer nach Südfrankreich – von dort nach Zentraleuropa. Schon jetzt wird in Nordafrika Sahara-Erdgas verflüssigt und in Spezialtankern nach Europa verfrachtet.

### Gas aus Steinkohle

konnte schon bisher kaum mit der durch Wasserkraft erzeugten Elektrizität konkurrieren – wenigstens in der Schweiz, während in Deutschland und in Frankreich die Kohle und das Steinkohlengas erst durch die Erdölströme überrundet wurden. In Deutschland und Frankreich, aber auch in Italien wurden deshalb ausgedehnte Ferngasleitungsnetze erstellt. Es entwickelte sich eine Verbundwirtschaft wie auf dem Elektrizitätssektor, während in der Schweiz die kleinen und mittleren Gemeindegaswerke keine Notwendigkeit sahen, miteinander Kontakt aufzunehmen. Eine Verbilligung durch Konzentration der Gasproduktion war auch nicht ohne weiteres zu erreichen, weil die Gaswerke viel arbeitsintensiver sind als die Elektrizitätswerke. Bei diesen ergab sich ein wirtschaftlicher Zwang für eine Verbundwirtschaft vor allem wegen der hohen Kapitalinvestitionen und wegen der gemeinsamen Benützung der Hochspannungstransportleitungen aus den Produktions- in die Verbrauchergebiete.

### Jetzt aber drängt sich eine Verbundwirtschaft auch für die kleinen und mittleren Gaswerke auf

Bereits hat das Sterben der kleinen Gemeindegaswerke begonnen. Andere suchen einen Ausweg aus der Kostenklemme durch Umstellung der Produktion von Gas auf Erdöl. Stadtgas kann man nämlich auch aus Erdöl herstellen, und zwar praktisch vollautomatisch, mit sehr wenig Bedienungspersonal. Gas mit dem gleichen Heizwert wie Stadtgas aus Kohle kann zudem aus Erdöl um etliches billiger produziert werden. Im Aargau, im Glarnerland, in der Westschweiz, aber auch in St. Margrethen und in Herisau, ist die Umstellung bereits erfolgt oder im Gang. Leichtbenzin wird in sogenannten «Spaltanlagen» molekular aufgekrackt, das entstehende Gas ist ungiftig (obwohl man natürlich daran trotzdem ersticken kann), weil es einen praktisch zu vernachlässigenden Anteil an Kohlenmonoxyd enthält.

### Die Versorgungssicherheit nimmt aber ab

Kohle läßt sich als Kriegsreserve zu beliebig großen Halden aufschichten. Solche Notvorräte können eine kontinuierliche Gasproduktion auch in Zeiten gesperrter Einfuhren einigermaßen sicherstellen. Schwieriger ist die Anlegung von Vorräten an flüssigen Kohlenwasserstoffen (Erdölbestandteile). Die größeren Gaswerke stehen also vor der Frage, wie weit sie diese Sicherheiten vernachlässigen können, den billigeren Produktionskosten zuliebe. Bisher ist man bei den genannten städtischen Gaswerken nur zögernd an eine Prüfung des Problems herangetreten.

### Erdgas in Sicht

Die zu fassenden Entschlüsse werden nun aber noch wesentlich erschwert durch die an und für sich «rosigen» Aussichten auf künftige Erdgasimporte. Schon vor zwei Jahren offerierte Frankreich der Schweiz Erdgas; diese Verhandlungen zerschlugen sich jedoch – Frankreich offerierte zu teuer. Nun aber wird in wenigen Jahren Sahara-Erdgas in die Nähe der Schweizer Grenze geführt werden, und schon heute spricht man in Süddeutschland von Kubikmeterpreisen, die «einige Pfennige» betragen sollen.

Die Umstellungsnotwendigkeit zeichnet sich also deutlicher ab. Zunächst wäre zu prüfen, ob nicht die ostschweizerischen Gaswerke einmal eine Verbundwirtschaft so erreichen sollten, daß die einzelnen Ortsnetze durch Ferngasleitungen verbunden werden. Ist die Zentralisation der Steinkohlen-Gaserzeugung auf einen oder zwei Schwerpunkte (Zürich allein oder noch ein Werk in der Ostschweiz) wirtschaftlich von Vorteil, sollte man nicht zögern, die mittleren Steinkohlengaswerke ebenfalls aufzugeben und nötigenfalls den regionalen Spitzenbedarf durch Spaltgasanlagen zu decken. Kommt dann später das Erdgas – vermutlich von der Westschweiz oder von Basel her in den Raum Zürich, so könnte in das dann vorhandene Ferngasleitungsnetz auch Erdgasgemisch eingespiessen werden.

### Zürich wartet ab

Das Gaswerk Zürich ist bereit, bei solchen Plänen mitzumachen. Man will sich aber weder als großzügiger, reicher Onkel aufspielen, noch hat man Lust, sich allzusehr dem Verdacht auszusetzen, man wolle die genannten «östlichen» Gaswerke zu irgend etwas nötigen. In der eingangs erwähnten Kommission zur Prüfung all dieser Fragen ist das Gaswerk Zürich deshalb nur durch einen Beobachter vertreten. In der Kommission selbst sitzen Vertreter der Werke Winterthur, Herisau, Frauenfeld, St. Gallen, Romanshorn und Schaffhausen. Winterthur besorgt die Federführung, während der Direktor von Herisau das Präsidium innehat. Für die Behörden wird es sich darum handeln, anhand des angekündigten Untersuchungsberichtes zu Entschlüssen zu kommen und nötigenfalls darauf zu sehen, daß die einzelnen Direktoren nicht private Steckenpferde reiten. M. G.